

Einladung – Vorbereitungstreffen für einen „Kongress“ für autonome Politik 2011

22. Januar 2011 um 12 Uhr | autonomes zentrum köln | Wiersbergstr. 44 | Köln-Kalk

Nach dem autonomen Kongress im Oktober 2009 war klar, dass es einerseits ein Interesse an Auseinandersetzungen über die eigene Gruppe, die eigene Stadt oder Region heraus gibt, andererseits aber auch viele Fragen offen geblieben sind, viele Themen höchstens angerissen wurden. Wir würden gerne einige der losen Fäden vom Hamburger Kongress aufgreifen und einen neuen Anlauf starten, um in einem bundesweiten Rahmen eine Verständigung über Ziele, Formen und Schwierigkeiten autonomer Politik anzustoßen. Was uns beim letzten Mal unzureichend erschien: wir sind nicht über eine Bestandsaufnahme hinausgekommen. Ob es gemeinsame Perspektiven gibt und wie die aussehen könnten, wurde kaum angetickt.

Deshalb soll hier vorgeschlagen werden, einen weiteren „Kongress“ (möglichst bereits im Mai 2011 – Ort noch unklar) zu organisieren, der diesmal gezielter an einzelnen Schwerpunkten strukturiert ist. Konkret schlagen wir im Moment drei thematische Bereiche vor, die sich für eine solche Struktur anbieten würden.

1. *Krise* – Wie erklären und wie interpretieren wir die laufenden gesellschaftlichen und politischen Herrschaftsprojekte? Erleben wir eine Fortsetzung dessen, was seit Jahrzehnten auf der Tagesordnung steht? Oder eher eine Zuspitzung? Was ist neu? Solche Fragen fänden wir gut, gründlicher zu diskutieren und wir schlagen vor, diese Diskussion unter der Überschrift „Krise“ zu führen. Wir glauben nicht, dass sich alles, was uns bewegt, mit diesem Begriff abhandeln lässt, aber einige neuere Tendenzen lassen sich durch eine Kritik des Krisen-Begriffs und seines Einsatzes im politischen Diskurs vielleicht auf den Punkt bringen. Eine thematische Eingrenzung der Diskussion, wie wir sie vorschlagen, ist zwangsläufig verengend. Das finden wir jedoch nicht schlimm, weil es uns nicht darum gehen würde, zusammen an einem Wochenende „alles zu erklären“, sondern darum, eine fokussierte und konkrete Diskussion zu führen. Anders gesagt: Die Herrschaftsverhältnisse, die wir bekämpfen, können wir alle benennen. Hier soll aber zum Thema gemacht werden, wie sie sich momentan konkret formieren.
2. *Transformation autonomen Widerstands* – Wenn wir feststellen, dass sich unsere Lebens-, Arbeits- und Widerstandsbedingungen und damit auch die „erste Person“, aus der heraus wir Politik machen, verändern, muss das autonome Projekt dann nicht auch neu bestimmt werden? Oder anders gefragt: Welche

Perspektiven für emanzipatorische Politik lassen sich unter derzeitigen Bedingungen formulieren? Welche Strategien können wir entwickeln? Müssen wir unsere Praxis und unser Selbstverständnis aktualisieren, und wenn ja wie?

3. *Militanz* – In den letzten Jahren war begrüßenswerter Weise wieder eine verstärkte militante Praxis zu verzeichnen. Grund genug, Bedingungen für emanzipative Militanz, deren Vermittlung, das Wechselspiel mit anderen Formen, ... gemeinsam zu reflektieren. Noch wesentlicher erscheint uns aber, ein militantes Selbstverständnis /Selbstverständlichkeit wieder zu erlangen.

Wir haben drei kurze Texte beigelegt, die grob unsere bisherigen Diskussionen zu den Themenblöcken „Krise“, „Militanz“ und „Transformation“ umreißen, und die hoffentlich ansatzweise vermitteln, weshalb wir die Themen spannend finden.

Bei dem Treffen am 22.1. sollen idealerweise gleich mehrere Fragen geklärt werden:

- Was haltet ihr überhaupt von der Idee, einen neuen „Kongress“ zu organisieren?
- Wie soll die Struktur einer solchen Zusammenkunft aussehen? Ein „Kongress“ oder lieber ein „Seminar“, oder ... ?
- Was haltet ihr von dem Vorschlag einer thematischen Eingrenzung?
- Und was von den drei konkreten Themenvorschlägen?

Diese Einladung geht an Szene-Zeitungen, Infoläden und zahlreiche Gruppen. Die Infoläden möchten wir bitten, sie in ihren Städten publik zu machen.

Und noch eine Bitte: Schickt die Einladung nicht über Mailinglisten weiter und stellt sie auch nicht bei Indymedia ein. Danke!

autonome-perspektive@nadir.org

1. Krise

Als einen Diskussionsschwerpunkt des Kongresses würden wir untersuchen wollen, wie sich gesellschaftliche Umbauprozesse und politische Herrschaftsstrategien derzeit organisieren und legitimieren. Anders formuliert geht es darum zu analysieren, unter welchen konkreten Rahmenbedingungen linksradikaler Widerstand agiert und ob und wie sich diese Rahmenbedingungen verändern. In den Diskussionen zur Vorbereitung des geplanten Treffens hat sich dabei der Krisenbegriff als Aufhänger für engagierte und kontroverse Diskussionen herausgestellt. Im Folgenden wird vor allem davon die Rede sein, wie mit Begrifflichkeiten und Bildern wie „Krise“, „Katastrophe“ usw. Politik und Stimmung gemacht wird und was das für praktische Folgen hat. Damit soll eine Auseinandersetzung darüber, wie die aktuelle kapitalistische Krise zu bewerten ist, nicht ausgeblendet werden und auch nicht die Frage, ob eine autonome Positionierung dazu anstehen würde. Uns ist auch noch längst nicht klar, ob *Krise* tatsächlich dazu taugt, das, was uns bewegt, analytisch auf den Punkt zu bringen oder ob dieser Begriff nicht doch zu begrenzt ist. Trotz all dieser Wenns und Abers finden wir die hier angerissenen Diskussionsfragmente aber spannend genug, um sie euch vorstellen zu wollen.

Ende der Gemütlichkeit – Seit dem Bankencrash ist die Rede von der Krise aus dem politischen Vokabular kaum wegzudenken. Was ein linker Allgemeinplatz ist, dass sich auf der Grundlage von Herrschaftsverhältnissen keine gerechte Gesellschaftsordnung aufbauen lässt, rückt stärker ins allgemeine Bewusstsein in den von diesem System am stärksten profitierenden Gesellschaften. Statt des immer schon verlogenen Glücksversprechens des modernen Kapitalismus steht nun die ehrlichere Einsicht im Raum, dass in einem System, das auf Konkurrenz und Profitmaximierung beruht, das „Glück“ der einen nicht ohne das Unglück der anderen zu haben ist. Dennoch wächst zurzeit (zumindest in Deutschland) weniger die Kritik an kapitalistischer Ausbeutung und staatlich betriebener sozialer Deklassierung, sondern die Bereitschaft, die gründliche Zerschlagung sozialstaatlicher und arbeitsrechtlicher Sicherheiten auch weiterhin zu akzeptieren, scheint eher zuzunehmen.

Dabei handelt es sich um kein neues Phänomen – Wir erleben in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vielmehr die Fortsetzung und Zuspitzung dessen, was sich in den letzten Jahrzehnten schon angebahnt hat. Hartz IV, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse, Privatisierung staatlicher Infrastruktur und öffentlicher Aufgaben,... sind Bedingungen, unter denen wir alle seit längerem politisch agieren – und auch unser eigenes Leben organisieren müssen. Neu ist aber die rhetorische Zuspitzung durch immer weitere Krisen- und Katastrophenszenarien, die Alternativlosigkeit suggerieren.

Zwar ist einerseits die derzeitige Krise real, da die strukturellen Probleme des Finanzkapitals ungelöst sind, andererseits ist aber die Argumentationsfigur Krise längst nicht auf den Bereich des kapitalistischen Wirtschaftens beschränkt. Sie wird strategisch zur ideologischen Verfestigung der Verhältnisse eingesetzt.

Katastrophenstimmung macht sich breit – Finanzmarktkrise, Klimakatastrophe, demographische Bedrohung, terroristische und islamistische Bedrohung, drohende Staatsbankrotte, drohende Energie- und Rohstoffkrisen – da droht und dräut es allenthalben, das „System“ scheint immer kurz vorm Kollaps und trotzdem geht es irgendwie weiter. Und anders als in den – auch für die Autonomen so dynamischen – 80er Jahren, in denen die Drohkulissen der atomaren Aufrüstung und der Umweltkatastrophen politisierend und massenmobilisierend wirkten, entwickeln sich heute Protest und Widerstand eher verhalten. Ob der Protest in Stuttgart oder die diesjährige Castor-Mobilisierung darauf hindeuten, dass mehr Leute beginnen, die Zuschauer_innenrolle zu verlassen, lässt sich noch nicht so recht absehen. Das Fehlen sozialer Kämpfe, die für ein Umdenken, eine radikale Kritik am Bestehenden, die Abschaffung von Herrschaftsverhältnissen eintreten auf der einen Seite, die teils reale, teils taktisch in die Waagschale geworfene Hilflosigkeit des aggressiven staatlichen Krisenmanagements auf der anderen, markieren die Rahmenbedingungen, unter denen linksradikale Politik sich – vielleicht auch ganz neu – orientieren muss.

Alarmistischer Politikstil – Dabei lassen sich auf der Seite des Staates Tendenzen festmachen, die perspektivisch dazu geeignet sind, die Spielräume unserer politischen Projekte weiter zu verengen. Dass staatliche Politik keine Lösungen gesellschaftlicher Probleme, sondern oft nur Krisenmanagement leisten kann, scheint sich als Gemeinplatz festzusetzen. Politik, die mit der permanenten Bedrohung spielt, schafft sich ein Szenario, in dem sie paradoxerweise zwar dauerhaft als hilflos, aber zugleich auch als einziger Rettungsanker und als Verbündete gegen die böse Welt „dort draußen“ wahrgenommen wird – und sich selbst stilisiert. So wird jedes neue „Paket“, das geschnürt wird, am Ende doch teils zähneknirschend, teils lethargisch hingenommen.

Das Beschwören von Krisen und Bedrohungen dient auch als Legitimierungsstrategie staatlichen Handelns. Die Instrumente, die seit Ende der 80er Jahre zur Durchsetzung eines neoliberalen globalen Systems zum Einsatz gekommen sind, werden jetzt als alternativlose Krisenlösungsstrategie verkauft. Das lässt sich quer durch fast alle Politikfelder verfolgen, wobei die angebotenen „Lösungen“ klassisch sind und auf das Recht des Stärkeren herauslaufen: Militarismus, rassistische Abschottung nach außen und rassistische Spaltung nach innen, der verstärkte Rückgriff auf biologistische Erklärungsmuster, die Renaissance klassisch-patriarchaler Geschlechterrollen, Entsolidarisierung der Gesellschaft, Ausbau von Repression und Kontrolle, Anpassungsdruck und die Verschärfung der Konkurrenz der einzelnen untereinander: um Arbeitsplätze, staatliche Zuschüsse, Wohnraum, Kitaplätze, Bildungschancen usw.

Der aktionistisch-alarmistische Politikstil wirkt faktisch herrschaftsstabilisierend, da sein stärkstes Argument die Alternativlosigkeit der getroffenen Maßnahmen ist. Wo nicht mehr über die Vor- und Nachteile der einen oder der anderen Lösung diskutiert und gestritten wird und sich die immer gleiche Logik behauptet, wird einer antidemokratischen Entwicklung der Weg gebahnt. Diese Tendenz verengt sowohl praktisch als auch ideologisch die Spielräume linksradikaler Eingriffe in die bestehende Ordnung. Eine Ordnung, die sich angesichts immer neuer Krisen und Bedrohungen so offen wie seit langem nicht, nach den Kriterien von Freund und Feind formiert.

„Rette sich wer kann“ – Die Krise ist auch bei uns längst angekommen – als Angst vor der Klimakatastrophe, als Angst vor der eigenen Zukunft und Gegenwart, wenn es mensch nicht gelingt, sich im ungerechten Kampf um die materielle Sicherheit einen kleinen Vorteil, eine Nische, einen Platz zu verschaffen. Auch wir kennen das Gefühl des Getriebenseins, der Perspektiv- und Alternativlosigkeit und das hat Folgen dafür, wie wir Autonomie verstehen. Verlust von Utopie ist die linksradikale Spielart der Ideologie von der Alternativlosigkeit des Kapitalismus – trotz der Krise, die dessen immanente Beschränktheit anzeigt. Auch der Verlust von Solidarität und Kollektivität in unseren Strukturen, den wir immer beklagen, ist (sicher nicht ausschließlich, aber auf jeden Fall auch) den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen geschuldet.

Dabei wäre heute beides dringend notwendig, kollektives und solidarisches Denken und Handeln, denn die Selbstregulierung der Einzelnen ist extrem stark verankert. Oft braucht es kaum noch real ausgeübten Druck, um Anpassung zu erzwingen. Und wir handeln da oft auch nicht anders, als die meisten andern in dieser Gesellschaft: Wir disziplinieren uns selbst, wir qualifizieren uns weiter und wir präsentieren uns als erfolgreich, kompetent, flexibel. Und das Perfide dabei ist: Wir wissen, dass das Spielchen „Jede ist ihres Glückes Schmied, sie muss nur wirklich wollen“ durch und durch verlogen ist, Ideologie. Und trotzdem scheint das Mitspielen die einzige Möglichkeit zu sein.

Und nun? - An solche Überlegungen anknüpfend, stellen wir uns vor, bei dem geplanten Kongress folgende Fragen genauer zu diskutieren: **Wie genau sehen die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen aus, unter denen wir unsere politischen Projekte realisieren?** Konkreter: Hilft der Krisen-Begriff dabei, die Veränderung dieser Bedingungen zu analysieren? Wie lässt sich das für die einzelnen Politikfelder ausbuchstabieren? Wie organisiert sich derzeit das Verhältnis von Repression und Selbstregulierung? Welche Realität und Funktionalität hat die Krise in kapitalistischer Hinsicht? Wie bedrohlich sind die autoritären Potentiale der Entwicklungen im Bereich staatlicher Politik?

2. Transformation

Folgender Text ist aus unseren Diskussionen darüber entstanden, wie sich „autonomer Widerstand“ verändern sollte. Er kann nur den Diskussionsstand des „Vorvorbereitungskreises“ wiedergeben und präsentiert weder Ergebnisse noch Konsens.

Wichtig ist uns in dieser Darstellung, dass wir zum einen vorwiegend von heute ausgehen und nicht in Erinnerungen an vergangene und vermeintlich bessere Zeiten schwelgen. Desweiteren wollen wir im Vergleich zum letzten Autonom-Kongress nicht mehr um uns selbst kreisen, sondern den Fokus auf die gesellschaftlichen Verhältnisse (und deren Veränderung) setzen und Perspektiven für Veränderung autonomer Politik andenken.

Die Politik „der Autonomen“ ist eine Politik der „ersten Person“. Das ist nicht im identitären Sinne gemeint. Unser Widerstand geht von der eigenen Wahrnehmung gesellschaftlicher Verhältnisse aus. Wir intervenieren nicht in Politikfelder „hinein“, sondern begreifen uns als Teil der Auseinandersetzung. Und das nicht zuletzt um lebenswerte Verhältnisse für uns selbst zu schaffen. So wären beispielsweise soziale Auseinandersetzungen um Arbeits- und Studienbedingungen, Hartz IV oder Gesundheitsreform auch Kämpfe für die eigenen Lebens- und Widerstandsbedingungen als Teil des Kampfes ums Ganze.

Die gesellschaftlichen Bedingungen und die darüber ausgeübten Zwänge, denen auch die „erste Person“, sprich wir selbst, unterworfen sind, haben sich jedoch verändert. Die Schwierigkeit und der Druck, das Leben und die eigene Reproduktion so zu organisieren, dass Widerstand lebbar ist, haben zugenommen. Sind die Ansätze autonomer Politik heute noch zeitgemäß? Wie kann heute eine radikale Unversöhnlichkeit mit dem System wirkungsvollen Ausdruck finden? Wo ist unser Sprechort in gesellschaftlichen Konflikten, von dem aus wir unsere Vorstellungen *gemeinsam mit anderen* entwickeln? Haben wir uns mittlerweile zu sehr in unsere Nischen zurückgezogen und mit dem eisigen draußen abgefunden? Sicher, Nischen können ein Testfeld dafür sein, Utopien zu leben. Sie bieten Freiräume. Aber auf Dauer ist das Stagnieren in Nischen auch ein Zeichen dafür, dass wir mit unserem Widerstand nicht weiterkommen. Besetzte Räume wie die Rote Flora in Hamburg sind wichtig, aber geht es darin ums Überwintern und Warten auf bessere Zeiten? Ist Bewegung in den Verhältnissen erstarrt und haben wir uns mit der beschränkten Wirkung unseres Widerstands abgefunden?

Wir denken eine kritische Auseinandersetzung mit dem Bestehenden und der eigenen Rolle darin ist (nicht neu, aber) dringend nötig: Was hat mein soziales Leben mit dem der Menschen neben mir zu tun? Warum bin ich in vielen Fragen des Alltages isoliert und wie kann die neoliberale Fragmentierung durchbrochen werden? Wie können alternative kollektive Lebens-Konzepte für viele zugänglich sein? Verbleiben unsere Utopieentwürfe nur im Rahmen des Bestehenden (z.B. Miethäusersyndikat, Gemeinschaftseigentum, Finanzkollektive) oder können wir eine gesellschaftliche Verallgemeinerung und offensive Ausweitung über diesen Rahmen hinaus denken?

Wie kann z.B das Überleben im Alter geregelt werden, wenn staatliche Versorgung nicht

vorhanden ist? Wie können wir uns (auch im Alter) mit unseren Nachbarn zusammentun und „Banden“ bilden, wie z.B. Kämpfe um Wohnraum vorantreiben? Wie können wir militante Positionen durch den Aufbau radikal bestimmter Bündnisse und durch das Einberufen von Uni-, Betriebs-, oder Stadtteil-Versammlungen verallgemeinern? Soziale „Alltags-Angelegenheiten“, wie z.B. im Rahmen von Hartz IV, Gesundheitsreform, Rente, Gentrifizierung sind Bereiche, in denen wir radikale Standpunkte mit anderen gemeinsam entwickeln können.

Vielfach sind „die Autonomen“ heute nur eine Reproduktion von Bildern. Sie sind in der BRD als unvermeidbares Übel eingeplant. Es wird zwar nicht als schön erachtet, wenn Banken entglast werden und Autos brennen, aber stört es wirklich? Die politischen Auswirkungen über den szenen-internen Bezugskreis hinaus sind gering. Wir wollen den Laden zum Erliegen bringen. Oder will mensch den geschäftsmäßigen Ablauf des Ladens nur (hinnehmbar) stören? Wie veränderungswillig sind wir? Streben wir nach wie vor entschlossen und tatkräftig an, die Gesellschaft zu verändern oder haben wir uns arrangiert und verharren autistisch in unseren selbst geschaffenen, aber begrenzten sogenannten Freiräumen?

Wir (die hier diskutierenden) wollen uns mit einer offenen radikalen Politik selbstbewusst in Gesellschaft einmischen ohne unsere Positionen (wie die Interventionistische Linke) zu verwässern. Aus diesen Betrachtungen heraus fragen wir: Muss sich der Politikansatz der Autonomen verändern? Ist eine Veränderung der Politik der ersten Person notwendig, nicht insofern, dass sie nicht mehr die Politik der ersten Person sein sollte, sondern, dass sie sich auf die veränderten Bedingungen beziehen muss? Welche Perspektiven sehen wir? Welche Strategien können wir entwickeln?

3. Militanz? - selbstverständlich(,) emanzipativ!

Wir wünschen uns die Wiedererlangung einer militanten Selbstverständlichkeit – im alltäglichen Widerstand und auch in unseren Diskussionen. Eine selbstbewusste Normalisierung und verbreiterte Einübung und Ausübung von emanzipativer Militanz.

Ein militantes Selbstverständnis drückt sich unserer Meinung nach nicht alleine in der Zuneigung gegenüber dem Straßenriot bei Massenevents oder gegenüber hoch konspirativer Nacharbeit aus. Hierbei ist eine Hierarchisierung verschiedener Aktionsformen nicht nur unsinnig sondern schädlich. Eine Zuspitzung unserer Kritik an den herrschenden Verhältnissen kann sich im Alltag auf verschiedene Weise ausdrücken. Die Entschiedenheit beim verbalen Rauswurf einer provozierenden Rassist_in aus der S-Bahn, oder ein Einschreiten bei sexistischem Gemackere zählen genauso zur (alltags-)militanten Grundhaltung. Ebenso wie ein selbstbewusstes Pressestatement zu den heftigen Ausschreitungen auf der Großdemo in Rostock beim G8-Gipfel 2007, in dem die Konfrontation mit der Polizei nicht als Reaktion der Demo in Selbstverteidigung sondern als Ausdruck realer (sozialer) Auseinandersetzungen dargestellt wird.

Auch wenn Militante das staatliche Gewaltmonopol aktiv in Frage stellen, ist eine „Debatte um Militanz“ für uns mehr als die Reduktion auf die in vielen Kontexten leidvoll geführte „Gewaltfrage“. Statt definierender Diskussionen über (die Legitimation von) „Gewalt“ im Abstrakten, wünschen wir uns eine politisch bestimmte Debatte über die Praxis direkter Aktionen und deren Möglichkeiten in ihrem Wechselspiel mit anderen Formen und Ansätzen.

In weniger bewegten Zeiten ist mensch geneigt, sich über nahezu jeden Aktionsbeitrag zu freuen. Wir halten eine emanzipatorische Ziel- und Mittelbestimmung für unabdingbar und wünschen uns eine (selbst-)kritische Bewertung militanter Praxis zugunsten einer Verbreiterung militanten Widerstands. Unser Anliegen: Keine unvorsichtige, aber eine selbstbewusste Haltung gegenüber der Militanz.

Wir halten trotz aller Sicherheitsbedenken eine Diskussion über Militanz (auch auf einem Kongress für autonome Politik) für möglich. Dabei kann es um a) einen sehr allgemeinen Zugang zur Wiedergewinnung eines militanten Grundverständnisses und b) um konkrete Bedingungen für militantes Agieren und dessen Vermittlung sowie c) um das Herausbilden einer antipatriarchal motivierten und praktizierten Militanz gehen.

Wechselspiel militanter und nicht-militanter Aktionsformen

Militante Aktionsformen können zwar für sich stehen und sprechen. Ihre politische Wirkungsweise entfaltet sich häufig jedoch im Kontext anderer (nicht-militanter) Aktionen und vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Diskurse. Letztere können ebenso durch ein selbstbewusstes Vertreten militanter Positionen beeinflusst werden. Wir würden gerne verschiedene Aspekte militanter Aktionen *konkret* an einigen Beispielen diskutieren und suchen mit Euch nach verantwortbaren Möglichkeiten dazu (*ohne*, dass sich Leute provoziert fühlen, ihren *persönlichen* Bezug zur Praxis offen zu legen):

Wenn eine angekündigte Umsonstfahr-Kampagne mit einem gesprengten Fahrkartenautomat beginnt, muss das nicht zwingend ein fulminanter Auftakt sein. Nicht jede Kampagnen-Aktivist_in wird sich für diesen militanten Start-Beitrag bedanken. Das Ver- oder Bekleben des Münzeinwurfs eines Fahrkartenautomaten mit „DEFEKT“-Aufklebern als Auftakt kann vermutlich leichter für eine *Verbreiterung* des Umsonst-Fahrens sorgen. Das heißt, eine *Zuspitzung* durch militante Aktionen sollte möglichst nicht nur vermittelbar sein, sondern auch in ihrem Effekt auf die Dynamik von Bewegung durchdacht werden.

Im Themenfeld Antimilitarismus hat es in den letzten Jahren zahlreiche *militante* Interventionen gegeben. Warum drückt sich diese Intensität nicht auch in vielfältigen *öffentlichen* Aktivitäten (mit hoher Beteiligung) aus? Ein Beispiel: Unabhängig welchen Anteil die DHL-Kampagne am (vorläufigen) Ausstieg des Konzerns aus der Bewerbung um den Bundeswehr-Großauftrag hatte; vermutlich erhöht die DHL-Kampagne zumindest die öffentliche Sensibilität gegenüber der Vielzahl von Beispielen engmaschiger zivil-militärischer Zusammenarbeit. Wir fragen ungeachtet dieses Erfolgs, ob der sehr massive, ungewöhnlich militante Kampagneneinstieg mitverantwortlich dafür ist, dass nur wenige Gruppen seit Sommer 2009 öffentlich, nicht-militanten Protest am Militärgeschäft der DHL artikulieren? Wie können hier unterschiedliche Protestformen nicht nur unverbunden nebeneinander stehen, sondern selbstbewusst, solidarisch aufeinander Bezug nehmen? Unter welchen Bedingungen sind andere Akteur_innen abgeschreckt? Wie kommt es hingegen, dass das „Abrüsten von Militärgerät“ mittlerweile auch bei Friedensbewegten und anderen Nicht-Militanten unter der Formel (verkürzt) „Was in Deutschland unschädlich gemacht wird, kann in Afghanistan keinen Schaden mehr anrichten“ akzeptiert wird?

Welche Chancen sehen wir, die (in Deutschland) recht eng gesteckten Grenzen für gesellschaftlich akzeptierten „zivilen Ungehorsam“ so auszuweiten, dass eine breitere Akzeptanz für aktivere Formen von Blockade und Sabotage erzeugt werden kann? Dies war z.B. eine der Zielsetzungen der Kampagne Castor Schottern 2010. Können wir uns Aktivitäten (und Akteur_innen!) eines solchen „erweiterten“ zivilen Ungehorsams vorstellen, die eine Abgrenzung zur Militanz aufzulösen suchen, statt diese (wie im Fall der Interventionistischen Linken) dogmatisch zu zementieren?

Vermittlung und Diffamierungsanfälligkeit

Bestenfalls vermittelt sich eine (militante) Aktion ohne die Notwendigkeit von erklärenden Worten, über politische Analyse, Aktionsziel und -form. In einer Phase, in der militante Praxis (immer noch) vollständig marginalisiert von scheinbar wenigen betrieben wird, ist es für Polizei und Politik jedoch ein leichtes, viele solcher Interventionen als „unpolitische Zerstörungswut“ oder irre Verzweiflungstaten zu stigmatisieren und damit zu entwerten. Manchmal helfen leider auch (ehemalige?) Linksradikale hier in Sprecherfunktion der Kampagne Castor Schottern, militante Interventionen wie z.B. die Sabotage von Signalanlagen der Berliner S-Bahn (als DB-Tochter) und die Störung des Telefonnetzes der DB Anfang November 2010 zu diskreditieren. Trotz Bekennung mit Bezug zum bevorstehenden Castor-Transport, bezweifelt Christoph Kleine (IL) gegenüber der Presse, dass es sich bei den anonymen Akteur_innen um Castor-Gegner_innen handelt.

Ein Großböller auf der Krisendemo Juni 2010 in Berlin, der Angriff auf die Lerchenwache der Hamburger Polizei, die Axt im Tisch der Sachbearbeiter_in eines Jobcenters – medial alles das gleiche, nämlich „unverantwortliche“ Taten von völlig Fehlgeleiteten, die sich in jeder Hinsicht ins Aus bezüglich einer zivilgesellschaftlich akzeptierten Streitkultur stellen. Nicht selten wird militantes Agieren in der reaktionären Presse als Linksterrorismus diffamiert.

Eine Einbettung militanter Aktionen in einen breiteren Kontext, günstigenfalls in Form einer engen Verknüpfung mit nicht-militanten Aktivitäten erhöht die Vermittelbarkeit und kann einen Schutz vor Diffamierung und Entpolitisierung darstellen.

Militanz und Militarismus

Während sich Militanz, wie wir sie verstehen, politisch bestimmt, betreibt der Militarismus eine Fetischisierung von Zerstörung oder „Gewalt“. Entschlossenheit ist nicht identisch mit der

Heftigkeit des vermeintlich „gewaltigen“ Aktionsmittels. So kann die politische Wirkung eines Molliwurfes gegen eine feuergesicherte Fassade genauso verpuffen, wie dessen unmittelbare Brennwirkung. Der Wunsch, mehr Unversöhnlichkeit zum Ausdruck zu bringen, als „nur“ einen Farbbeutel zu werfen, entspringt unter Umständen eher unserem Gefühl von Ohnmacht - z.B. die Ohnmacht, nicht in der Lage zu sein, das betreffende Objekt wirklich materiell zerstören zu können, oder auf anderem Weg eine vergleichbare politische Wirkung zu erzielen.

Die bisherigen, uns bekannten „Gasaki“-Anwendungen in Deutschland (Gaskartuschen-Brand/Sprengsätze) folgten unter Umständen ebenfalls einem fragwürdigen „hell und laut=krass“-Fetisch. Die Vorzüge eines sich ruhig entwickelnden Feuers bei einem nicht detonierenden Brandsatz setzen zumindest ein Fragezeichen, wo genau der sinnvolle Anwendungsbereich dieser „neuen Qualität“ von Brand/Sprengsätzen liegen mag.

Mit dem Wunsch, manchen Aktionen eine höhere symbolischen Wirkung zuzusprechen wird oft auch sprachlich „aufgerüstet“. Im militarisierten Sprachjargon wird aus einer bunt markierten Fassade gerne ein „Farbanschlag“ - und das nicht nur bei den Boulevardmedien, sondern auch in unserer eigenen Berichterstattung.

Wenn im Rahmen einer heftigeren Konfrontation mit den Bullen auf einer Demonstration gerufen wird „Jetzt bitte die Frauen raus aus der ersten Reihe“, ist dies ebenfalls Ausdruck einer militarisierten / Macker-„Militanz“, deren Selbstverständnis wir für überhaupt nicht militant (im emanzipativen Sinne) halten.

Verantwortlichkeit und Zielgenauigkeit

Da autonome Akteur_innen eigenverantwortlich handeln gibt es keinen universellen Maßstab für Verantwortbarkeit der verwendeten Aktionsformen unter den spezifischen Aktionsbedingungen. Kriterien für militantes Handeln sind trotz des verständlichen Wunsches nach Anonymität vermittel- und diskutierbar. In Bezug auf die zuvor erwähnten detonierenden Brandsätze (Gasaki) z.B. muss eine verantwortungsvolle Einführung des (in Deutschland relativ neuen) Aktionsmittels die Gefahren der Sprengwirkung untersuchen und detailliert beschreiben.

Eine vermutlich nicht verhandelbare Grundbedingung militanten Agierens ist, die Gefährdung von Menschenleben auszuschließen. Dazu gehört, unzählige unwahrscheinliche Szenarien gedanklich durchzugehen und zu berücksichtigen. In diesem Sinne war der 5. Mai 2010 in Griechenland der absolute GAU. Während riesiger Krisenproteste sterben drei Bankangestellte in einer in Brand gesetzten Bank. Ohne die genauen Umstände zu kennen, haben wir die Befürchtung, dass ähnliches beim Hotelbrand während des NATO-Gipfels 2009 in Straßburg hätte passieren können.

Mit der Zielgenauigkeit im militanten Kontext meinen wir eine politisch bewusste Wahl der Ziele (materielle und symbolisch Bedeutung) sowie der dazu verwendeten Mittel unter Berücksichtigung der damit verbundenen „Risiken und Nebenwirkungen“. Es ist vermutlich unstrittig, dass brennende Nobelkarossen das Thema Gentrifizierung in der breiten Öffentlichkeit gesetzt oder zumindest präserter gemacht haben. Über den politischen Schaden sogenannter „Beifänge“ (ungewollt mitabgepackelte Fahrzeuge) lässt sich sehr wohl streiten.

Bei der militanten Selbsthilfe gegen ausgrenzende „Stadtaufwertung“ sind die Eigentums-Neubauten „linker Baugruppen“ ebenfalls im Visier der Gentrifizierungsgegner_innen. Hierbei war scheinbar etwas Hintergrundvermittlung notwendig, damit diese Ziele nicht als „Kollateralschäden“ zügelloser Konfliktbereitschaft missverstanden werden, sondern als bewusst gesetzte provozierende und sensibilisierende Akzente zur Thematisierung der Eigentumsfrage. Mit der Identifizierung weiterer Gentrifizierer_innen neben den Yuppies von Car-Loft und Co, stellt sich allerdings die Frage nach angemessener Schwerpunktsetzung und Mittelwahl unserer Kämpfe.